

(Ingo Rust)

man damals keine Versorgungsrücklage gebildet hat, die jetzt sukzessive in den Ruhestand gehen. Das heißt, wenn man Versorgungsrücklagen bildet, dann zahlt sich das de facto erst nach etwa 40 Jahren aus. Erst dann profitiert man davon, denn erst dann sind die damals zurückgelegten Gelder verfügbar. Das heißt, ein Zurücklegen nur für Beamte, die wir jetzt neu einstellen, würde für unsere aktuelle, augenblickliche Situation der dramatisch ansteigenden Pensionsverpflichtungen keine akute Verbesserung bringen.

In der Tat würde es aber für die Zukunft zu Verbesserungen führen – für zukünftige Generationen, kann man sagen –, nämlich für die Jahre ab 2040 oder 2050. Deswegen müssen wir das Problem angehen.

Die neue Landesregierung hat – ich habe das schon in der ersten Lesung ausgeführt – einen Kassensturz durchgeführt und dabei zahlreiche Finanzierungsproblematiken aufgedeckt. Die Pensionsverpflichtungen sind eine Problematik. Ich denke aber auch an den großen Sanierungsstau bei den Landesgebäuden, ich denke an den großen Sanierungsstau bei den Landesstraßen, und ich denke an viele, viele Projekte. Mir begegnet fast wöchentlich ein neues Projekt, das von der vorherigen Landesregierung versprochen oder dessen Umsetzung sogar schon in Gesetzesform gegossen wurde, das aber nicht finanziert ist und in der mittelfristigen Finanzplanung nicht dargestellt wurde. Diese Löcher sind zu schließen.

Als Beispiel nenne ich den misslungenen Versuch, ein Lebensarbeitszeitkonto einzuführen, Stellen schon einmal im Vorfeld zu streichen, Geld schon einmal im Vorfeld zu streichen. Aber kein einziger Beamter konnte sich tatsächlich melden, mehr zu arbeiten, weil das Verfahren noch nicht umgesetzt war. Wir standen, als wir die Regierung übernommen haben, vor der Situation, entweder 700 Lehrerstellen, die gestrichen wurden, nicht zu besetzen und damit Unterrichtsausfall im ganzen Land zu haben oder Geld in die Hand zu nehmen – das waren für die komplette GMA 20 Millionen € –, um diesen Fehler der Vorgängerregierung auszugleichen.

Solche Lücken tun sich bei näherer Betrachtung en masse im Landeshaushalt auf. Dem wollen wir entgegenwirken.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir wollen dies in einem Gesamtkonzept tun, in einem Gesamtkonzept mit zwei Handlungssträngen.

Der erste Handlungsstrang wird sein, mehr Transparenz herzustellen. Denn die Bürgerinnen und Bürger lesen immer von der Pro-Kopf-Verschuldung Baden-Württembergs, bei der wir in der Tat im Bundesländervergleich mit Platz 3 hinter Bayern und Sachsen einen ganz ordentlichen Platz belegen. Aber das ist nicht die Wahrheit; das ist nicht einmal die Hälfte der Wahrheit. Wenn wir die Pensionsverpflichtungen berücksichtigen, wenn wir die fehlenden Rückstellungen für unsere Gebäude und unseren Sanierungsstau bei den Landesstraßen berücksichtigen, dann liegen wir eben nicht mehr auf Platz 3. Experten der Universität Freiburg haben im Auftrag des Finanzwissenschaftlichen Instituts des Bundes der Steuerzahler einmal errechnet, dass wir, wenn wir allein die implizite Verschuldung durch Pensionsrückstellungen mit einrechnen, auf dem viertletzten Platz im Bundesländerranking sind. Hinter uns sind nur noch Berlin, Bremen und Hamburg, die Stadtstaaten. Es sieht also mitnichten so gut aus.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Wir zahlen in den Länderfinanzausgleich!)

Wir wollen durch die Einführung von Elementen der Vermögensrechnung in den Haushalt mehr Transparenz über die tatsächliche Situation im Landeshaushalt herstellen. Elemente dabei sollen dann z. B. der Sanierungsstau und auch die fehlenden Pensionsrücklagen sein.

Wenn wir diese Transparenz haben, wenn wir also ein ehrliches Bild unseres Landeshaushalts und der tatsächlichen Situation unseres Landes haben, können wir uns, Herr Dr. Rülke, über die Werkzeuge unterhalten, die wir dann einsetzen. Da kann eine erhöhte Pensionsrücklage ein probates Mittel sein. Es kann aber rechnerisch auch sinnvoller sein, zuerst die Landesstraßen anzugehen oder zuerst den Sanierungsstau bei den Gebäuden anzugehen. Das muss man sehr genau betrachten.

Sie vertreten als Partei immer auch die Interessen des mittelständischen Gewerbes und des Handwerks. Wenn ein Handwerker eine solche Rechnung aufmachen müsste, müsste er streng betriebswirtschaftlich Abschreibungen für Betriebsvermögen, das verzehrt wird, erwirtschaften; er müsste beispielsweise Rückstellungen für Betriebsrenten bilden.

Da wir all dies nicht auf einmal machen können, werden wir diese Werkzeuge im Lichte des Gesamtkonzepts betrachten. Wir laden Sie ein, an der Diskussion über die Werkzeuge für den Umgang mit diesen Altlasten mitzuwirken. Dann werden wir schauen, was finanzwirtschaftlich und betriebswirtschaftlich gesehen der sinnvollste Weg ist und was wir zuerst angehen, ob wir also zuerst die Altlasten der Vorgängerregierungen im Bereich der Landesstraßen, im Bereich der Gebäude oder bei den Pensionsverpflichtungen angehen.

Ich lade Sie, wie gesagt, ein, diese Diskussion mitzugestalten.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Kurzintervention des Herrn Abg. Kößler?

**Staatssekretär Ingo Rust:** Sehr gern.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Kößler.

**Abg. Joachim Kößler CDU:** Herr Rust, Sie haben vorhin gesagt, dass Sie im Grunde sehr viel tun wollen. Ich möchte Ihnen einmal einen Vorschlag machen. Wir haben Ihnen schon in der Vergangenheit vorgeworfen, dass Sie Steuerermehreinnahmen in einer bestimmten Höhe nicht für den Pensionsfonds nutzen. Es wäre doch jetzt möglich, zumindest einen Teil davon für Zuführungen in den Fonds zu nutzen.

Der zweite Punkt: Es geht darum, dass man den Anstieg von 2020 bis 2040 ein bisschen kappt. Es geht nicht darum, dies voll abzudecken. Aber man sollte doch versuchen, der kommenden Generation ab 2020 im Sinne der Generationengerechtigkeit etwas entgegenzukommen und da ein bisschen zu kappen. Ich nenne jetzt keine Größenordnung. Aber es sollte uns doch gelingen, da etwas zu kappen. Denn die 3,3 Milliarden €, die wir im Augenblick für 2020 haben, nützen nur wenig.

(Joachim Kößler)

Ich möchte noch einmal auf meinen Vorschlag zurückkommen. Ich denke, wir alle müssten uns einig sein: Wir müssen uns binden, und zwar dahin gehend, dass wir das Wachstum der Steuereinnahmen zur Richtschnur für das Wachstum der Personalausgaben machen. Das wäre die Vorstufe zur Schuldenbremse. Dahin sollten wir kommen. Dazu bedarf es des guten Willens aller; es geht dabei nicht um Polemik oder um Parteipolitik, sondern es geht um Generationengerechtigkeit, und es geht um die Zukunft.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Ingo Rust:** Vielen Dank, Herr Kößler, für die Kurzintervention. Das ist genau das, was wir machen wollen. Denn den zukünftigen Generationen ist es unter dem Strich egal, ob wir ihnen Pensionslasten, Lasten bei den Gebäuden oder Lasten bei den Straßen hinterlassen. Rein fiskalisch betrachtet sind das unterschiedslos Lasten, die sie schultern müssen.

Deshalb sollten wir die Frage in einem Gesamtzusammenhang sehen und uns bemühen, den kommenden Generationen möglichst wenig Zukunftslasten zu hinterlassen. Unter Umständen kann es sinnvoll sein, zuerst die Pensionsverpflichtungen anzugehen; ebenso kann es aber sein, wenn man die Finanzinstrumente anschaut, dass es sinnvoller ist, zuerst in anderen Bereichen zu intervenieren.

Wir wollen die Fragen also in einem Gesamtkonzept angehen. Wenn Sie, Herr Dr. Rülke, dies dennoch isoliert tun wollen, dann lade ich Sie ein, im Rahmen der anstehenden Haushaltsberatungen Änderungsanträge dahin gehend zu stellen, Mittel für eine erhöhte Pensionsrücklage einzustellen. Dabei sollten Sie aber auch sagen, woher man die Mittel bekommt. Denn dazu ist in Ihrem Gesetzentwurf bisher nichts zu sehen.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** In der Allgemeinen Aussprache liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 15/206. Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft empfiehlt Ihnen, den Gesetzentwurf abzulehnen. Ich bitte, damit einverstanden zu sein, dass ich den Gesetzentwurf im Ganzen zur Abstimmung stelle.

Wer dem Gesetzentwurf Drucksache 15/206 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Gesetzentwurf mehrheitlich abgelehnt.

Punkt 5 der Tagesordnung ist abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur – Flugverkehrsbelastung durch den Flughafen Zürich – Drucksache 15/186 (geänderte Fassung)**

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Die Sitzung ist erst beendet, wenn dieser Tagesordnungspunkt abgeschlossen ist.

(Heiterkeit)

Das will ich hier nur einmal sagen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung des Antrags fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung erteile ich für die CDU-Fraktion Herrn Abg. Schreiner.

**Abg. Felix Schreiner** CDU: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Als jungem Landtagsabgeordneten ist es mir eine besondere Ehre

(Zuruf von der SPD: So siehst du gar nicht aus!)

– es geht schon los, bevor es mit meiner Rede überhaupt losgeht –,

(Heiterkeit)

dass ich meine erste Rede im Landtag von Baden-Württemberg ausgerechnet zu einem Wahlkreisthema halten darf.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut!)

Dass diese Rede wegen der Aktualität notwendig wird, ist für mich jedoch weniger erfreulich.

Seit vielen Jahren dominiert der Streit über die Belastungen durch den Betrieb des Flughafens Zürich-Kloten für die südbadische Raumschaft die Beziehungen zwischen Deutschland und der Schweiz. Ich will es deshalb heute auch ganz deutlich sagen: Die Bevölkerung in Südbaden fordert eine Lösung im Fluglärmstreit, sie fordert vom Land und vom Bund, dass sie mit ganzer Kraft für eine Reduzierung der Flugverkehrsbelastungen eintreten.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

Wir, die CDU-Fraktion, haben uns immer klar zu den Forderungen der im Jahr 2009 verabschiedeten „Stuttgarter Erklärung“ bekannt – sowohl in der CDU-geführten Landesregierung als auch jetzt in der Opposition. Als CDU sind wir unter der Federführung der ehemaligen Verkehrsministerin Tanja Gönner mit der Einführung des deutschen Fluglärmbeirats in die Offensive gegangen. Ich kann Sie, Frau Staatssekretärin Dr. Splett, nur herzlich dazu auffordern, dass Sie als neue Vorsitzende dieses Gremiums diese Arbeit fortsetzen und dass Sie sich nicht auf den Errungenschaften der ehemaligen CDU-geführten Landesregierung ausruhen.

(Beifall bei der CDU)

So sind wir Ihnen, Frau Dr. Splett, für Ihre Stellungnahme zu dem Antrag, den wir heute hier beraten, im Grunde auch dankbar, und wir freuen uns, dass Sie sich größtenteils zur Position der alten Landesregierung bekennen und sich ihr anschließen.